



DBProjekt
Stuttgart 21

Planfeststellungsunterlagen

Umgestaltung des Bahnknotens Stuttgart

Ausbau- und Neubaustrecke Stuttgart - Augsburg
Bereich Stuttgart - Wendlingen mit Flughafenanbindung

Abschnitt 1.1

Talquerung mit Hauptbahnhof

Bau-km -0.4 -42.0 bis +0.4 +32.0

Planänderungspaket

Geänderte Ausführung der Gründung im Bereich des Bonatzgebäudes sowie im Bereich des unterirdischen Ver- und Entsorgungsgebäudes.

Stand 15.03.2018

DB Station&Service AG
Lautenschlagerstraße 20
70173 Stuttgart



Eingangsstempel*

An das
Eisenbahn-Bundesamt
Außenstelle Karlsruhe/Stuttgart
Sachbereich 1
Olgastrasse 13
Stuttgart 70182

Geschäftszeichen*	VMS-Nummer*
-------------------	-------------

* vom Eisenbahn-Bundesamt auszufüllen

- Erstantrag¹ auf Erteilung einer planungsrechtlichen Zulassungsentscheidung bzw.
 Änderungsantrag für eine vorhandene planungsrechtliche Zulassungsentscheidung
für das folgende Vorhaben:

Neubau, Bauliche Änderung bzw. Rückbau² des/der (Vorhabenbezeichnung³)

Bahnprojekt Stuttgart - Ulm

PFA 1.1 Talquerung im Hauptbahnhof

Planänderung Bonatzbau – Neukonzeption

Geänderte Gründung im Mittelbereich sowie im Bereich des unterirdischen Ver- und
Entsorgungsgebäudes

in der/den

Gemeinde(n)	Landkreis(e)	Bundesland
70173 Stuttgart-Mitte	Landeshauptstadt Stuttgart	Baden-Württemberg

1. Vorhabenträger

1.1 Name/Firma

DB Station & Service AG

1.2 Organisationseinheit/Geschäftsbereich o. ä.

Regionalbereich Südwest, I.SV-SW-STG

1.3 Postanschrift

Arnulf-Klett-Platz 2, 70173 Stuttgart

¹ Erläuterungen zur Antragstellung enthalten insbesondere die Planfeststellungsrichtlinien (PF-RL) mit dem Merkblatt zur Beantragung von eisenbahnplanungsrechtlichen Zulassungsentscheidungen (Muster 3.1 der PF-RL) und der Leitfaden zur einheitlichen Gestaltung von Antragsunterlagen für Infrastrukturvorhaben der Eisenbahn des Bundes (Leitfaden Antragsunterlagen) des Eisenbahn-Bundesamtes

² zur Abgrenzung von Neubau, Änderung und Rückbau vgl. Anhang 2 Nr. 2.1 bis 2.3 der PF-RL

³ mit verständlicher Angabe der Örtlichkeit(en) des Vorhabens zwecks besserer Erkennbarkeit für Betroffene (Anstoßfunktion)

2. Beigefügte Planunterlagen		
2.1	Die Planunterlagen bestehen aus 1 Ordner.	
2.2	Sie sind in 3 Ausfertigungen beigefügt.	
3. Weitere Angaben zum Vorhaben (Gegenstand eines planungsrechtlich relevanten Vorhabens sind der Bau und die Änderung von Eisenbahnbetriebsanlagen sowie ggf. notwendige Folgemaßnahmen an anderen Anlagen)		
3.1	Strecke(n) Stg-Feuerbach - Ulm	
3.2	Streckennummer(n) 4813	
3.3	Streckenkilometer (von - bis) - 0.4 - 42.0 bis + 0.4 + 32.0	
3.4	Ist für das Vorhaben vordringlicher Bedarf nach Anlage 1 zu § 1 BSchwAG festgestellt? Wenn ja: Angabe der lfd. Nr. gemäß Anlage 1 zu § 1 BSchwAG	<input type="checkbox"/> ja <input checked="" type="checkbox"/> nein
3.5	Betrifft das Vorhaben eine Strecke des TEN?	<input checked="" type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein
3.6	Ist für das Vorhaben eine Inbetriebnahmegenehmigung nach §§ 6, 9 TEIV erforderlich?	<input checked="" type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein <input type="checkbox"/> Entscheidung steht noch aus
3.7	Werden die einschlägigen technischen Spezifikationen der Interoperabilität eingehalten? Wenn nein: Ausnahmegenehmigungen nach § 5 TEIV sind vom Vorhabenträger zu beantragen (vgl. hierzu auch § 7 VV IST).	<input checked="" type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein <input type="checkbox"/> entfällt
3.8	Wurden die anerkannten Regeln der Technik eingehalten? Wenn nein: Die für die Abweichungen erforderlichen Entscheidungen sind vorzulegen. Im Übrigen beachte RL 13 Abs. 6	<input checked="" type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein
3.9	Hat das Vorhaben Änderungen - der Streckenklasse - der zulässigen Geschwindigkeit (VzG) zur Folge? Wenn ja: Nähere Angaben im Erläuterungsbericht erforderlich.	<input type="checkbox"/> ja <input checked="" type="checkbox"/> nein <input type="checkbox"/> ja <input checked="" type="checkbox"/> nein
3.10	Könnte das Vorhaben nachteilige Auswirkungen auf die Funktions- und Leistungsfähigkeit des Eisenbahnnetzes, die verkehrliche Bedeutung einer Infrastruktur und ihrer Kapazität haben? Ist mit dem Vorhaben die Benutzung eines Gewässers verbunden, die der behördlichen Erlaubnis oder Bewilligung bedarf? Beachte RL 12 Abs. 4 und RL 13 Abs. 6 b	<input type="checkbox"/> ja <input checked="" type="checkbox"/> nein <input type="checkbox"/> ja <input checked="" type="checkbox"/> nein
4. Projektleiter/Ansprechpartner beim Vorhabenträger		
4.1	Name Nikolaus Hebding	
4.2	Telefonnummer 0711 2092 - 3233	
4.3	Telefaxnummer 0711 2092 - 2583	
4.4	E-Mail-Adresse nikolaus.hebding@deutschebahn.com	
5. Vertreter/Bevollmächtigter des Vorhabenträgers (soweit zutreffend)		
5.1	Name/Firma DB Station & Service AG	
5.2	Organisationseinheit/Geschäftsbereich o. ä. DB Station & Service AG, Großprojekte / Baumanagement, I.SBH	
5.3	Postanschrift Lautenschlagerstrasse 20, 70173 Stuttgart	

6. Projektleiter/Ansprechpartner beim Vertreter/Bevollmächtigten (soweit zutreffend)	
6.1	Name Herr Tobias Rauch
6.2	Telefonnummer 0711 2092 3130
6.3	Telefaxnummer 0711 2092 2513
6.4	E-Mail-Adresse tobias.rauch@deutschebahn.com
7. Akten-/Geschäftszeichen des Vorhabenträgers bzw. Bevollmächtigten	
Akten- oder Geschäftszeichen tr	
8. Informationsgespräch zum Vorhaben mit dem Eisenbahn-Bundesamt (soweit erfolgt)	
8.1	Datum des Gespräches 05.02.2018
8.2	Mit welchem/welchen Mitarbeiter(n) des Eisenbahn-Bundesamtes wurde das Gespräch geführt? Herr Patrick Runge und Herr Stephan Golling
9. Qualitätssicherung Planfeststellungsunterlagen	
9.1	<input checked="" type="checkbox"/> wurde durchgeführt <input checked="" type="checkbox"/> für alle Unterlagen <input type="checkbox"/> bis auf folgende Unterlagen: (Gründe: siehe gesonderte Unterlage). <input type="checkbox"/> wurde nicht durchgeführt (Gründe: siehe gesonderte Unterlage).
9.2	Name des / der Verantwortlichen Herr Thomas Ehrle
9.3	Telefonnummer 0711 20925 632
9.4	Telefaxnummer 0711 20922 513
9.5	E-Mail-Adresse thomas.ehrle@deutschebahn.com
10. Antrag	
<p>Für das o. g. Vorhaben wird hiermit der Erlass einer planungsrechtlichen Zulassungsentscheidung nach § 18 AEG bzw. § 1 Abs. 1 MBPlG einschließlich der notwendigen wasserrechtlichen Erlaubnisse und/oder Bewilligungen, soweit erforderlich, beantragt.</p> <p>Dem Antrag sind die erforderlichen Planunterlagen gemäß RL 12 beigelegt. Soweit für das Vorhaben erforderlich, gehören dazu insbesondere:</p> <ul style="list-style-type: none"> - Vollmacht (falls nicht von einer dem EBA bekannten Generalvollmacht Gebrauch gemacht wird) - Umwelterklärung oder Bagatellfallklärung (nicht bei förmlicher Umweltverträglichkeitsprüfung), ggf. weitere Unterlagen, soweit sich das aus der ausgefüllten Umwelterklärung ergibt - Verzeichnis der nach Auffassung des Vorhabenträgers in ihrem Aufgabenbereich berührten Träger öffentlicher Belange und nach § 13 Abs. 3 BGG anerkannte Vereinigungen, mit denen der Vorhabenträger bereits Vorabstimmungen im Sinne der RL 10 Abs. 2 vorgenommen hat. - außer in Planfeststellungsverfahren: Zustimmungserklärungen/Vereinbarungen von/mit durch das Vorhaben in ihren eigenen Rechten Betroffenen (alle einzeln auflisten; ggf. Ergänzungsblatt hinzufügen). 	

11. Anrechenbare Kosten	
Höhe der anrechenbaren Kosten für das beantragte Vorhaben (dem Antrag sind die zur Bemessung der Gebühr erforderlichen Nachweise gemäß § 2 Abs. 4 BEGebV beizufügen)	
12. Empfänger des Kostenbescheides	
12.1	Name/Firma DB Station & Service AG
12.2	Organisationseinheit/Geschäftsbereich o. ä. DB Station & Service AG, Großprojekte / Baumanagement, I.SBH
12.3	Postanschrift Lautenschlagerstrasse 20, 70173 Stuttgart
13. Frühzeitige Öffentlichkeitsbeteiligung (gem. § 25 Abs. 3 VwVfG durchzuführen bei planfeststellungsbedürftigen Vorhaben, die nicht nur unwesentliche Auswirkungen auf die Belange einer größeren Zahl von Dritten haben können)	
Die frühzeitige Öffentlichkeitsbeteiligung gemäß § 25 Abs. 3 VwVfG für dieses Vorhaben Zutreffendes bitte ankreuzen:	
<input type="checkbox"/> wurde durchgeführt <input type="checkbox"/> Die Mitteilung der Ergebnisse erfolgte mit Antragstellung. <input type="checkbox"/> Die Mitteilung der Ergebnisse erfolgt am <input type="checkbox"/> wurde nicht durchgeführt (Gründe: siehe gesonderte Unterlage).	
14. Verfahrenshinweise des Vorhabenträgers	
14.1	Nur ausfüllen, wenn ein Antrag für ein neues Vorhaben gestellt wird. Seitens des Antragstellers wird angeregt, für das o. g. Vorhaben folgende Entscheidung zu treffen. Zutreffendes bitte ankreuzen:
<input type="checkbox"/> Planfeststellung gemäß § 18 AEG bzw. § 1 Abs. 1 MBPIG i.V.m. § 74 Abs. 1 VwVfG <input type="checkbox"/> Plangenehmigung gemäß § 18 AEG bzw. § 1 Abs. 1 MBPIG i. V. m. § 74 Abs. 6 VwVfG	
Hinweis:	
An Stelle eines Planfeststellungsbeschlusses kann eine Plangenehmigung erteilt werden, wenn	
<ol style="list-style-type: none"> 1. Rechte anderer nicht oder nur unwesentlich beeinträchtigt werden oder die Betroffenen sich mit der Inanspruchnahme ihres Eigentums oder eines anderen Rechts schriftlich einverstanden erklärt haben, 2. mit den Trägern öffentlicher Belange, deren Aufgabenbereich berührt wird, das Benehmen hergestellt worden ist und 3. nicht andere Rechtsvorschriften eine Öffentlichkeitsbeteiligung vorschreiben, die den Anforderungen des § 73 Abs. 3 Satz 1 und Abs. 4 bis 7 VwVfG entsprechen muss. 	
Die in Nr. 1 genannten Einverständniserklärungen sind den Antragsunterlagen vollständig beigefügt.	
<input type="checkbox"/> Entfallen von Planfeststellung und Plangenehmigung gemäß § 18 AEG bzw. § 1 Abs. 1 MBPIG i. V. m. § 74 Abs. 7 VwVfG	
Hinweis:	
Planfeststellung und Plangenehmigung entfallen in Fällen von unwesentlicher Bedeutung. Fälle unwesentlicher Bedeutung liegen vor, wenn	
<ol style="list-style-type: none"> 1. andere öffentliche Belange nicht berührt sind oder die erforderlichen behördlichen Entscheidungen vorliegen und sie dem Plan nicht entgegenstehen, 2. Rechte anderer nicht beeinflusst werden oder mit den vom Plan Betroffenen entsprechende Vereinbarungen getroffen worden sind und 3. nicht andere Rechtsvorschriften eine Öffentlichkeitsbeteiligung vorschreiben, die den Anforderungen des § 73 Abs. 3 Satz 1 und Abs. 4 bis 7 VwVfG entsprechen muss. 	
Soweit andere behördliche Entscheidungen (Verwaltungsakte) gemäß Nr. 1 erforderlich sind, so sind diese, ebenso wie die nach Nr. 2 erforderlichen Vereinbarungen den Antragsunterlagen vollständig beigefügt.	

14.2 Nur ausfüllen, wenn ein Antrag auf Änderung einer vorhandenen Entscheidung nach § 18 AEG vor Fertigstellung des Vorhabens gestellt wird.

Folgende vorliegenden Planungsrechtsentscheidungen sollen durch diesen Antrag geändert werden:

1. Ausgangsentscheidung (Datum/Geschäftszeichen)

28.01.2005, Az.:59160 Pap-PS 21-PFA 1.1 (Talquerung)

2. ggf. Änderungsentscheidung(en) (Datum/Geschäftszeichen)

01.PÄ: 24.07.2006, Gz.: 51960 Paä-PS-PFA 1.1-1.PÄ

02.PÄ: 08.11.2007, Gz.: 51960 Paä-PS-PFA 1.1-2.PÄ

03.PÄ: 18.12.2008, Gz.: 51960 Paä-PS-PFA 1.1-3.PÄ

04.PÄ: 25.03.2009, Gz.: 51960-591pä/002-230#002

05.PÄ: 30.04.2010, Gz.: 59160-591pä/004-2304#009

05.PÄ (Wiederholung): 23.10.2012, Gz.: 59100pä/004-2304#009

06.PÄ: 23.04.2015, Gz.: 59160-591pä/005-2304#011

07.PÄ: 22.09.2014, Gz.: 591pä/006-2304#005

07.PÄ (Ergänzung): 30.04.2015, Gz.: 591pä/006-2304#005

08.PÄ: 18.08.2011, Gz.: 59101-591ppw/032-2300#005

09.PÄ: 10.05.2012, Gz.: 59170-591pä/007-2304#005

10.PÄ: 10.05.2012, Gz.: 59170-591pä/007-2304#006

11.PÄ: 07.02.2013, Gz.: 59110-591pä/007-2304#012

13.PÄ: 22.02.2013, Gz.: 59100-591pä/007-2304#023

14.PÄ: 06.11.2014, Gz.: 59190-591pä/008-2304#009

15.PÄ: 20.10.2016, Gz.: 591pä/010-2015#004

16.PÄ: 14.12.2016, Gz.: 591pä/010-2015#013

17. PÄ: 12.09.2017, 591pä/010-2015#021

18. PÄ: 27.03.2018, 59122-591pä/011-2016#012

20. PÄ: 25.01.2018, 591pä/012-2017#015

3. ggf. weitere Entscheidung(en) (Datum/Geschäftszeichen)

Der genehmigte Plan soll aufgrund folgender Verfahrensvorschrift geändert werden.

Zutreffendes bitte ankreuzen:

§ 76 Abs. 1 VwVfG

§ 76 Abs. 2 VwVfG

Hinweis:

Soweit von der Planänderung Dritte betroffen sind, sind deren Zustimmungserklärungen den Antragsunterlagen vollständig beigefügt.

§ 76 Abs. 3 VwVfG

14.3 Begründung (soweit nach Auffassung des Vorhabenträgers von einem Planfeststellungsverfahren abgesehen werden kann)

Zur Durchführung der Planänderung ist kein neues Planfeststellungsverfahren erforderlich, da die Planänderung von unwesentlicher Bedeutung ist. Es entsteht keine Betroffenheit Dritter, die nicht schon im Rahmen der ursprünglichen Planfeststellung bekannt waren.

Details sind den beigefügten Antragsunterlagen zu entnehmen.

Ort: Stuttgart

DB Station Service AG
Lautenschlagerstraße 20 • 70173 Stuttgart

Unterschrift *[Handwritten Signature]*

Datum:

DB Station Service AG
Lautenschlagerstraße 20 • 70173 Stuttgart

DB Station Service AG
Lautenschlagerstraße 20 • 70173 Stuttgart

Unterschrift *[Handwritten Signature]*